

# Pressemitteilung



Radentscheid Kassel c/o Umwelthaus · Wilhelmsstr. 2 · 34117 Kassel

Kontakt für Rückfragen:

## An Pressevertreter\*innen

**Anna Luisa Sümmermann**

0176-23550591

[LSuemmermann@gmx.de](mailto:LSuemmermann@gmx.de)

**Maik Bock**

0176-80829036

[maik.e.bock@gmx.de](mailto:maik.e.bock@gmx.de)

Kassel, Donnerstag 11.04.2019

## Stadtverordnetenversammlung erklärt den Radentscheid Kassel für rechtlich unzulässig - Initiative beschließt zu klagen und bittet um Spenden

Kassel: Die Kasseler Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 8. April mehrheitlich das Bürgerbegehren "Radentscheid Kassel" für rechtlich unzulässig erklärt. Eine entsprechende [Vorlage des Magistrats](#) wurde mit den Stimmen von SPD, Bündnis90/Grüne und CDU angenommen. Dagegen stimmten die Fraktionen "Kasseler LINKE" sowie (überwiegend) "FDP + FREIE WÄHLER + Piraten".

Die Initiative bedauert das und hat sich nun entschlossen, gegen den Beschluss zu klagen.

Dafür gibt es aus Sicht der Initiative mehrere Gründe:

- Zum Radentscheid Kassel sind zwei Magistratsvorlagen eingebracht worden. Die erste behandelt die (Un)Zulässigkeit des Bürgerbegehrens (s.o.). Diese wurde am 8. April in der Stavo beschlossen. Die zweite Vorlage zur „[Förderung des Radverkehrs](#)“ enthält quasi ein Gegenangebot der Stadt und befindet sich noch in der politischen Diskussion (s.u.). Seitens der Rot-Grünen Koalition bestand offenbar ein Interesse, beide Vorlagen an verschiedenen Terminen in die Stavo einzubringen. Gegen den Willen des Radentscheids wurde die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens bereits jetzt beschlossen. **Aufgrund der Klagefrist von 4 Wochen besteht für den Radentscheid somit keine Möglichkeit, ein Verhandlungsergebnis zur zweiten Magistrats-Vorlage abzuwarten.** Diese zweite Vorlage kann frühestens am 20. Mai in der Stavo beschlossen werden, realistischer scheint jedoch die StaVo-Sitzung im Juni. Dem Radentscheid bleibt also keine andere Wahl als bereits jetzt Klage einzureichen um Rechtssicherheit zu erhalten.
- Aus Perspektive der Initiative Radentscheid, aber auch namhafter [Juristen](#), sind die Hürden an ein Bürgerbegehren in Hessen zu hoch, da hier im Gegensatz zu anderen Bundesländern die Kostenschätzung durch die Initiator\*innen selbst erstellt werden muss und es nur allgemeine Beratungspflichten der Gemeinde gibt. Beim Radentscheid Kassel engagieren sich u.a. Expert\*innen aus dem Bereich der Verkehrsplanung. Ihre acht Forderungen für den Radverkehr wurden vorab gründlich recherchiert und durch eine erfahrene Anwältin geprüft. Das Bürgerbegehren wurde

somit professionell vorbereitet. **Die restriktiven Anforderungen der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) machen eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung in Hessen fast unmöglich, zumindest wenn es sich um ein Bürgerbegehren zu einem komplexeren Thema handelt, wie den Radentscheid.** Das Bürgerbegehren als Instrument demokratischer Teilhabe wird aus Sicht der Rad-Aktivist\*innen auf diese Art und Weise ausgehebelt. **Die HGO muss in Sachen direkter Demokratie reformiert werden,** wie auch [Mehr Demokratie e.V.](#) fordert. Auch dazu will der Radentscheid Kassel mit seiner Klage beitragen.

- Neben dem Kasseler Radentscheid wurden auch die Radentscheide in Darmstadt und kürzlich auch in Frankfurt von der Lokalpolitik als unzulässig eingestuft. Innerhalb der Radentscheid-Bewegung gibt es daher den Wunsch, dass die **Anforderungen der HGO durch die Justiz konkretisiert werden, damit zukünftige Radentscheide mehr Klarheit haben.** Der Kasseler Radentscheid zeigt sich somit solidarisch mit seinen hessischen Mitstreiter\*innen.
- Die Prüfung des Bürgerbegehrens durch die Stadt Kassel lässt nach Auffassung der Radaktivist\*innen Wohlwollen vermissen. Hiermit ist ausdrücklich die **wohlwollende Auslegung im Rahmen der vorhandenen Interpretationsspielräume der HGO** gemeint. Die in der Magistratsvorlage genannte Begründung zur Unzulässigkeit erweckt bei den Organisator\*innen des Radentscheids stellenweise den Eindruck, dass geradezu nach Gründen gesucht wurde, um ihr Bürgerbegehren für unzulässig zu erklären. **Insbesondere im Vergleich mit dem Gutachten der Stadt Darmstadt zum dortigen Radentscheid ist die Prüfung in Kassel strenger ausgefallen.** Als Beispiel sei hier genannt, dass zur Berechnung der Kosten zur fahrradfreundlichen Umgestaltung von Hauptstraßen stark belastete und Einfallstraßen mit geringem Straßenraum ausgewählt wurden. So wurden mit der Holländischen Straße, der Frankfurter Straße sowie der Leipziger Straße Beispiele genommen, deren Umbau enorme Kosten erzeugt, jedoch aus planerischer Sicht wenig sinnvoll für die Radverkehrsführung ist - hier existieren attraktivere Parallelstraßen. Eine Berücksichtigung anderer Straßen, deren Umbau weniger kostenintensiv ist, fand nicht statt.  
**Während die fast wortgleiche Forderung zu Radwegen an Hauptstraßen (Forderung 3) seitens der Stadt Darmstadt als rechtlich unbedenklich eingestuft wurde, vertritt die Stadt Kassel eine andere Auffassung.**  
Nicht nachvollziehbar sind für den Radentscheid Kassel auch andere Punkte. Beispielsweise wird bemängelt, dass Formulierungen, wie z.B. "attraktive Nebenstraßen", zu unbestimmt seien. Was damit gemeint ist, wird jedoch in den nachfolgenden Sätzen eindeutig erläutert.

**Spendenaufruf:** Für das Gerichtsverfahren entstehen der Initiative Kosten für die Gerichtsgebühren und das Anwaltshonorar in Höhe von bis zu 7.000 €. Auch im Erfolgsfall werden nicht alle Auslagen erstattet. **Der Radentscheid Kassel bittet daher zur Finanzierung des Gerichtsverfahrens und der weiteren Arbeit der Initiative um Spenden:**

#### **Spendenkonto**

Empfänger: VCD Hessen e.V.  
IBAN: DE33 5009 0500 3100 9532 40  
BIC: GENODEF1S12  
Zweck: Radentscheid Kassel

**Klarer Handlungsbedarf: Unabhängig von der Frage der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens ist deutlich geworden, dass in Kassel im Bereich der Radinfrastruktur ein großer Handlungsbedarf besteht.** Diese Auffassung wird in Anbetracht von fast 22.000 Unterschriften mittlerweile auch von vielen Lokalpolitiker\*innen geteilt. Auch im aktuellen [Fahrradklimatest](#) des ADFC schneidet die Stadt Kassel mit der Schulnote 4.2 schlecht ab. Wer in Kassel Rad fährt weiß, dass dies keinen Spaß macht und gefährlich ist. Das soll sich aus Sicht der Aktivist\*innen bald ändern.

**Die Vorlage des Magistrats „zur Förderung des Radverkehrs“ muss nach Auffassung der Initiative noch deutlich verbessert werden, damit sie ihrem Namen gerecht wird. Das bedeutet aus Perspektive der Rad-Aktivist\*innen vor allem die Aufnahme konkreter, messbarer Ziele sowie mehr Personalstellen für den Radverkehr im Rathaus sowie die Bereitstellung von ausreichend Haushaltsmitteln zum Ausbau der Radinfrastruktur.**

Um das zu erreichen wird der Radentscheid mit Vertretern\*innen verschiedener Fraktionen Gespräche führen und vor allem Druck auf SPD und Grüne ausüben. Seit der Übergabe von fast 22.000 Unterschriften für den Radentscheid bekunden beide Parteien den Radverkehr in Kassel fördern zu wollen. Passiert ist aber bislang wenig. Die Initiative fordert deshalb vehement den Worten nun endlich Taten folgen zu lassen. Die Initiative glaubt erst dann der Aussage von Oberbürgermeister Geselle (SPD), dieselben verkehrspolitischen Ziele wie der Radentscheid zu verfolgen, wenn tatsächlich signifikante Maßnahmen für den Radverkehr in Kassel beschlossen und umgesetzt werden.

#### **Radentscheid Kassel**

Homepage: [www.radentscheid-kassel.de](http://www.radentscheid-kassel.de)  
Facebook: <https://www.facebook.com/RadentscheidKassel/>  
Email: [info@radentscheid-kassel.de](mailto:info@radentscheid-kassel.de)

**Für ein l(i)ebenswertes Kassel!**